

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 98 (2023)
Heft: 3

Artikel: Der Kalte Krieg ist zurück
Autor: Kürsener, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1047619>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kalte Krieg ist zurück

«Der Kalte Krieg ist längst nicht vorbei» oder ähnliche Formulierungen waren für fast 30 Jahre ein Killer. Jene, die es noch wagten, auf die Unwägbarkeiten der nahen oder mittleren Zukunft hinzuweisen, waren für viele Zeitgenossen hoffnungslose Militaristen oder Träumer. Jene, die solche Worte damals nicht hören wollten, sind aber mitverantwortlich dafür, dass unsere Armee zu weiten Teilen zahnlos geworden ist.

Jürg Kürsener

Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Jahr, im Donbass fast neun Jahre alt. Einige bekennen sich nach dem Einmarsch vom 24. Februar 2022 zwar dazu, Fehleinschätzungen unterlegen zu sein. Andere geben ihre Abscheu über diesen völkerrechtswidrigen Überfall zum Ausdruck, wobei nicht immer erkennbar ist, ob sie einfach «Wendehälse» sind, ob sie dies aus ehrlicher Überzeugung bekunden und ob sie auch morgen noch zu dieser Einsicht stehen. Wieder andere haben Mühe einzugestehen, dass der Angriff Putins ein brutaler, hinterhältiger Akt der Gewalt ist.

Zu letzteren zählen in der Schweiz – im Gegensatz zu ihren deutschen, finnischen oder schwedischen Genossen – nicht nur viele Grüne und Sozialdemokraten, sondern auch bürgerliche Kreise. Letztere rechtfertigen ihren putin-freundlichen Kurs nicht selten – vermutlich unter Verschleierung ihrer wahren Interessen – mit einer angeblichen Mitschuld des Westens, allen voran der NATO und der USA sowie mit angeblich historisch begründeten Ansprüchen Russlands auf die Ukraine.

Diese Kreise verdrängen den Fakt, dass die Ukraine vor Jahrhunderten schon gebietsweise unter anderen Einflüssen stand, so beispielsweise zum habsburgischen Reich oder zu Polen gehörte. Sie verdrängen ferner die Tatsache, dass Kiew nach zeitweiligen Blütezeiten im Reich der Russen und nach der Drangsalierung als «zweitklassiger Kanton» durch St. Petersburg bzw. Moskau, allen Grund hat, sich von Putin zu lösen. Nicht vergessen ist in

der Ukraine auch die Tatsache, dass Stalin in den 1930er- und 40er-Jahren Millionen von Ukrainern gezielt verhungern oder durch seinen Geheimdienst NKWD ermorden liess. Im Zweiten Weltkrieg gab es zudem nicht nur deutschfreundliche Ukrainer, deren Nachkommen noch heute als Nazis beschimpft werden, auch in Russland selber und im Baltikum gab es zahlreiche deutschfreundliche Kreise und militärische Formationen der Wehrmacht und der SS.

Merkwürdige Unterstützung Putins

Es gibt zu denken, wenn etliche Kreise auch bei uns einen demokratisch legitimierten Willen der Ukrainer, sich aus den Fängen Russlands und Putins befreien zu wollen, nicht respektieren, manchmal sich hinter der Neutralität verstecken. Was ist falsch daran, wenn ein Volk aus seiner jüngsten Geschichte lernt und sich von imperialen Ansprüchen eines autokratischen Nachbarn abwenden möchte?

Die gleichen Kreise meinen, die Ukraine gehöre zum «strategischen Vorfeld» Russlands und daher sei der Anspruch Putins legitim. Was, wenn andere, z.B. Polen oder Deutschland auch auf einem solchen Vorfeld beharren würden?

Merkwürdig ist in diesem Zusammenhang die Rolle einer traditionellen Wochenzeitung, ihrem bürgerlichen Herausgeber und konservativen Nationalrat, der sich seit Monaten als vorbehaltloser Unterstützer Putins outet und nicht müde wird, systematisch Schuldzuweisungen

namentlich an den Westen und dort vor allem die USA zu konstruieren.

Im selben Wochenblatt sind weitere fragwürdige Schlagzeilen zu lesen, so zum Beispiel, dass Sahra Wagenknecht ein «Friedensengel» sei, also ausgerechnet jene Kommunistin aus der DDR, die jahrelang der kriminellen sozialistischen Einheitspartei SED und ihrem Waffenbruder UdSSR zugehört hat. Ferner verbreitet der Herausgeber auch unwahre und unverantwortliche Aussagen, wenn er etwa meint, dass die USA bzw. die NATO plante, in der Ukraine Atomwaffen zu stationieren oder dass dies in den neuen NATO-Staaten bereits erfolgt sei.

Eine glatte Lüge. Wenn die USA dies wollten, hätten sie es wohl längst getan. Im Gegensatz zu den USA, die in Europa über keine nuklearen Raketen mehr verfügen, hat Russland mächtig aufgerüstet, zum Beispiel mit Iskander-Raketen u.a. in der Region von Kaliningrad, ehemals Königsberg, teils unter Verletzung des bestehenden INF-Rüstungsabkommens, welches die USA deswegen gekündigt haben.

2007: erste Ankündigungen

Der Autor war an der Sicherheitskonferenz von München im Februar 2007 Zeuge jener ungewöhnlich harschen Rede, in welcher Putin zur Konsternation der Anwesenden die Auflösung der UdSSR und des Warschauer Paktes als grössten strategischen Fehler bezeichnet hat. Die in dieser Rede verklausulierte Ankündigung machtpolitischer Antworten wurde in der Folge von den westlichen Vertretern und Entscheidungsträgern offensichtlich unterschätzt.

Ein Jahr später folgte die Knebelung Georgiens durch Putin, 2014 die Annexion der Krim, dann die «brüderliche Waffenhilfe» zur Stützung des putin-freundlichen Regimes in Kasachstan und heute die verdeckte Bedrohung Moldawiens. Der Einmarsch Putins in die Ukraine vom 24. Februar 2022 ist eine logische Folge der Ankündigung Putins von 2007. Die jüngste sicherheitspolitische Konferenz in München vom 17. bis 19. Februar 2023

hat die geschlossene Reaktion des Westens eindrücklich bekräftigt.

Der Einmarsch war vorhersehbar

Es war bereits ab Herbst 2021 auch in unseren Medien zunehmend die Rede vom Aufbau einer militärischen Drohkulisse durch Putin. Die Anzeichen verdichteten sich bereits im Oktober und November 2021. Dabei ging der festgestellte Aufmarsch weit über ein übliches Manöverszenario hinaus. Öffentlich einsehbare Satellitenaufnahmen durch die Firma Maxar verdeutlichten dies, selbst für Laien verständlich.

Nachrichtendienste arbeiten mit Indikatoren, also Anzeichen. Diese werden durch offene und klassifizierte Quellen beschafft und ausgewertet. Je nach Zahl, Verdichtung und vor allem Qualität solcher Anzeichen ergibt sich sukzessive ein Bild über die wahre Bedrohung. Allein der Umfang der aufmarschierenden russischen

Kräfte, die Heranführung von Divisionen und Brigaden aus dem Fernen Osten und von der Kola-Halbinsel, die grenznahe Errichtung von militärischen Feldspitälern, die Ansammlungen von massiven Panzerformationen nahe der ukrainischen Grenze, die Errichtung von Logistikdepots oder der kurzfristige Abzug der Yacht Putins am 9. Februar 2022 aus einer westlichen Werft sind einige wenige Beispiele dafür, dass dieser Aufmarsch nie nur als Drohkulisse hätte verharmlost werden dürfen.

Fachstellen haben deutlich über den bevorstehenden Angriff geschrieben, lange vor dem 24. Februar 2022. Man darf davon ausgehen, dass auch der Nachrichtendienst des Bundes dies getan hat. In diesem Lichte gesehen, erstaunt es, dass die Regierung, führende Politiker und Militärs sich zwar besorgt gezeigt haben, aber noch nach dem 24. Februar 2022 meinten, sie hätten nie «geglaubt», dass Putin seine Absichten wahr machen würde.

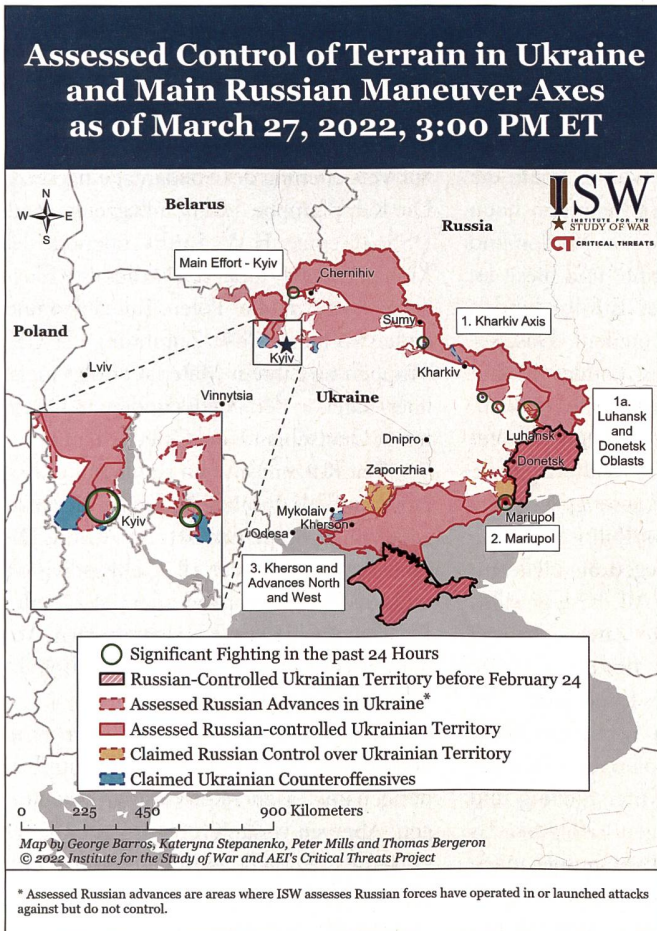
Das ist naiv. Solche unprofessionellen Reaktionen müssen deshalb Anlass zur Besorgnis geben, weil sie den Anschein erwecken, dass unsere oberste politische und militärische Führung a) kein Vertrauen in ihre Nachrichtendienste hat oder b) offensichtlich nicht mit den Analysen und Warnungen der Nachrichtendienste umzugehen weiss.

Das lässt sich auch nicht mit dem Aktivismus von Geschäftsprüfungskommissionen und -delegationen wegwischen bzw. korrigieren.

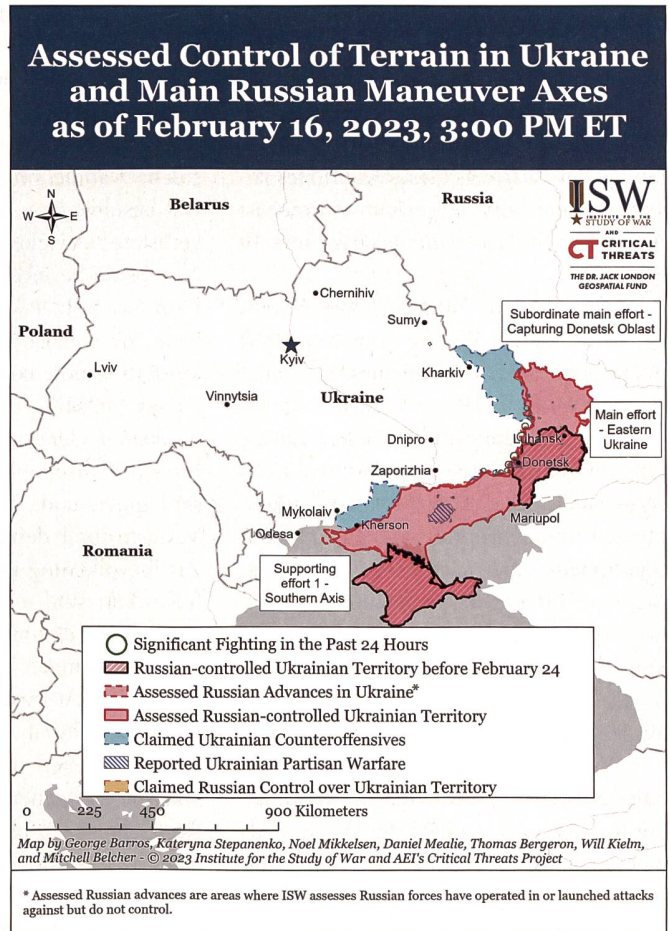
Der Kriegsverlauf

Der Krieg in der Ukraine dauert inzwischen mehr als ein Jahr. Er mutiert zu einem Abnutzungskrieg. Entscheidend wird sein, wer über den längeren Atem verfügt.

Das schiere Ausmass Russlands und seine personellen und materiellen Ressourcen sprechen für Putin. Die Lethargie und die Leidensfähigkeit des Volkes auch,



Die militärische Lage am 27. März 2022, im Norden und Nordosten der Ukraine ist die russische Armee bis knapp vor Kiew bzw Charkow vorgerückt.



Die militärische Lage am 16. Februar 2023, die besetzten Gebiete im Norden und Nordosten sind zurückerobert. Im Donbass-Gebiet hat Russland die Lage weitgehend konsolidiert, die Geländegewinne einer gross angekündigten neuen Offensive sind aber (noch) gering.

Bilder: Institute for the Studies of War

ELEMENTS OF THE 41ST COMBINED ARMS ARMY

YELNYA, RUSSIA – NOVEMBER 9, 2021

■ LAT 54.602655
 ■ LON 33.160579

Approximately 17% increase in the number of structures present between November 1 and 9

CSIS | HIGH RESOLUTION | MAXAR

Bild: Maxar Satellites

Ernsthafte Anzeichen einer russischen Invasion gab es bereits im Herbst 2021, als Maxar öffentlich zugängliche Satellitenaufnahmen zeigte, wie hier die Bereitstellung mechanisierter Mittel der 41. Kombinierten Armee im Raume Yelnya, im Oblast Smolensk.

welches sich durch die Propaganda des Apparates weiter manipulieren lässt.

Die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft, die langfristigen Auswirkungen der Sanktionen, die Erosion durch den Wegzug vieler Fachkräfte und die Frage, wie weit das Umfeld Putins diesen noch trägt, sind demgegenüber Faktoren, welche eine für Russland weniger optimistische Beurteilung des Ausgangs dieses Konfliktes zulassen. Seine einst viel gerühmte Armee ist ihrem Ruf bis heute nur bedingt gerecht geworden.

Die fehlende Fähigkeit zum Kampf der verbundenen Waffen, eine durch die ukrainische Fliegerabwehr zurückgedrängte russische Luftwaffe und gravierende logistische Probleme sind Ursachen für die Niederlage der russischen Armee beim Stoss auf Kiew und im Oblast Charkow. Hinzu kommen Führungsfehler, eine zwar traditionelle, aber nachteilige Befehlstaktik, eine inkompetente Kommunikation, ungenügende Führungsmittel und vor allem eine massiv angeschlagene Kampfmoral der Truppe, die den Krieg nur halbherzig angeht.

Zu allem Elend wird dies noch durch eine teils massive Brutalität im Vorgehen der Russen, insbesondere der Wagner-Armee begleitet. Vielleicht tragen die Ohnmacht und Inkompetenz zu den vielen Kriegsverbrechen bei.

Die Ukraine ihrerseits beeindruckt durch einen unbändigen und schon fast bewundernswerten Willen zur Wahrung

ihrer Souveränität. Die wohlstandsverwöhnte Öffentlichkeit im Westen könnte sich hier noch ein grosses Stück des Kuchens abschneiden. In Deutschland sollen gemäss NZZ vom 14. Februar 2023 gerade mal noch 10% der Erwachsenen zur militärischen Verteidigung gewillt sein.

Die Tatsache, dass eine ukrainische Armee, die vor zehn Jahren noch kaum als solche wahrgenommen wurde, heute die viel beschworene und vermeintlich hoch gerüstete russische Armee im Norden und Nordosten besiegen konnte und diese im Donbass trotz taktischer Erfolge binden kann, ist einzigartig. Trotzdem: Das Rekrutierungspotenzial des Landes ist begrenzt, die Mittel der Armee sind endlich, die späten oder noch ausbleibenden Lieferungen entscheidender Waffensysteme sind gravierend, Munitionsengpässe, die Verluste durch den Terror Putins gegen die Zivilbevölkerung und gegen die zivile Infrastruktur sind massiv. All diese gewaltigen Lasten dämpfen die Zuversicht und die Erwartungen eines für die Ukraine siegreichen Ausgangs des Konfliktes.

Der Westen, allen voran die USA, Grossbritannien und Polen, gewährt der Ukraine weitgehende Unterstützung und trägt damit zum bisherigen Erfolg bei. Es kann beispielsweise davon ausgegangen werden, dass die Ukraine nebst umfangreichen Rüstungslieferungen und Ausbildungsprogrammen wichtige nachrichtendienstliche Unterstützung zur Führung des Kampfes erhält. Ergänzend zu dieser

Unterstützung haben die NATO und vor allem die USA ihre militärische Präsenz von Heeres- und Luftwaffenkräften u.a. in den Baltischen Staaten, in Polen, Rumänien und Bulgarien ausgebaut.

Auch die Seestreitkräfte werden in Nordeuropa (Ostsee) und im Mittelmeer im Rahmen der Prävention gegen allfällige weitere Aggressionen durch Russland und zur Versicherung der Solidarität eingesetzt. Die Kampfgruppe des Atomflugzeugträgers USS «George H.W. Bush» operiert seit Monaten in der Adria, von wo aus ihre Flugzeuge Einsätze über Polen, Rumänien und anderswo fliegen. Die Zuführung der US-Truppen und ihrem Material erfolgt meist über Häfen in den Niederlanden, in Dänemark, Deutschland und Griechenland.

Seit Kurzem sind im Rahmen der Rotation und als zusätzliche Kräfte eine Brigadekampfgruppe der 101. Air Assault Division sowie Teile der 10. Gebirgsdivision und die 2. Panzerbrigade der 1st Cavalry Division nach Europa verlegt worden. Andere NATO-Staaten haben auch zusätzliche Mittel nach Osteuropa verlegt.

Die westlichen Rüstungshilfen sind bedeutend. Sie haben zweifellos zum bisherigen überraschenden Resultat beigetragen. Aber sie verlaufen unerträglich langsam und zögerlich, zwischen Zusage und effektiv gelieferten Mengen klaffen zu grosse zeitliche Lücken.

Es bleibt zu hoffen, dass die Panzerlieferungen nicht zu spät kommen. Seit Monaten hat man die Ukraine im Stich ge-



Bild: Jürg Kürsener

Februar 2007: An der Sicherheitspolitischen Konferenz in München überrascht Putin die konsternierten Anwesenden, darunter Bundeskanzlerin Merkel, US-Verteidigungsminister Bob Gates und Senator McCain, mit einer harschen Rede. In dieser beklagt er die Auflösung der UdSSR als grössten strategischen Fehler.



Bild: Verteidigungsministerium der Ukraine

Die vorrückenden russischen Truppen erlitten teils verheerende Verluste und Zerstörungen. Hier im Bild ein zerstörter T-72B.

lassen, man spricht endlos über diese Lieferungen, eingetroffen und einsatzbereit sind viele noch nicht. Monate sind verlogen gegangen.

Mit dem Flickwerk der zugesagten und halbherzigen Panzerlieferungen aus elf Nationen stellt man die Ukraine, die mitten in einem Überlebenskampf steht, vor schier unlösbare Probleme bezüglich Ausbildung und Unterhalt. Diese anspruchsvollen Systeme werden nur dann erfolgversprechend und effektiv sein, wenn sie auch doktringerecht eingesetzt werden können.

Es mag zwar politisch korrekt sein, wenn sich möglichst viele NATO- und EU-Staaten an diesen Lieferungen beteiligen. Aber deutsche, norwegische, dänische, niederländische und polnische Leopard-1- und -2-Kampfpanzer (verschiedenster Versionen) zusammen mit amerikanischen M1-Abrams, britischen Challengers (französischen Leclercs?) und tschechischen T-72 häppchenweise erfolgreich in den Einsatz zu schicken, ist für die Ukraine eine Zumutung.

Es ist ein Irrsinn, dass man der Ukraine Waffen verweigert, die russische Ziele in der «Tiefe des Raumes», also auf russischem Territorium bekämpfen können. Man verlangt von der Ukraine, sich von dort beschossen zu lassen, ohne dass sie sich dagegen wehren soll. Der eine darf mit dem Zweihänder zuschlagen, während man dem Verteidiger einen Arm auf dem Rücken festbindet. Dasselbe Dilemma trifft für Kampfflugzeuge zu.

Westliche Kreise fürchten offenbar, diese könnten gegen Ziele in Russland eingesetzt werden. Das Fehlen eigener Kampfflugzeuge wird sich für die Ukraine als fatal erweisen, sollte Russland die befürchtete Grossoffensive mit massiver Luftunterstützung kombinieren. Jede Verzögerung kann sich bitter rächen, der Ukraine müssen jetzt Kampfflugzeuge zugeführt werden, nicht erst, wenn es zu spät ist.

Was geschieht als Nächstes?

Die viel prophezeite Frühjahrsoffensive der Russen mag ansatzweise bereits im Gange sein, substanzielle Erfolge hat sie bisher nicht erzielt. Ein Ziel wird sein, insbesondere die Gebiete und bereits offiziell von Russland völkerrechtswidrig einverleibte Gebiete im Donbass endgültig zu besetzen.

Der Raketen-, Marschflugkörper- und Drohnenbeschuss anderer Ziele bis weit in den Westen der Ukraine wird weitergehen. Putin wird damit die Verunsicherungs- und Zermürbungstaktik erheblicher Teile der Bevölkerung und der Regierung unter Präsident Selenskyj fortsetzen.

Ob die massive Mobilmachung im Herbst 2022 von 300 000 weiteren russischen Truppen nebst dem Ersatz Gefallener auch für die Bildung neuer Fronten ausreicht, beispielsweise für einen Stoss entlang der Schwarzmeerküste bis nach Odessa oder mit einem neuen Versuch aus Norden, allenfalls aus Weissrussland, ge-

gen Kiew, ist fraglich. Die damit erreichte Isolierung der Ukraine und Rückstufung zu einem Binnenland wäre allerdings verheerend.

Eine zweite Mobilmachung angeblich im Umfang von 500 000 bis zu einer Million ist derzeit kaum erkennbar. Es ist auch fraglich, ob Russland überhaupt in der Lage wäre, diese Menge von Personal zeitgerecht auszurüsten und auszubilden.

Die Ukraine wird alles tun, um einen Stoss nach Odessa zu verhindern. Dann wäre selbst ein Verlust des Donbass wohl noch erträglicher. Es wird schon seit Längerem erwartet und gewünscht, dass die Ukraine als Reaktion auf die Gefechts-handlungen im Donbass zu einem Grossangriff in der Region Kherson und/oder Mariupol ausholt, um die Landverbindung Russlands zur Krim zu kapfen.

Ob die Ukraine dazu in der Lage ist, bleibt vorerst nicht erkennbar. Zweifellos wäre aber ein solches Ziel für Putin strategisch von grösster Bedeutung. Seit den Erfolgen der Ukraine im Kampf gegen russische Marineeinheiten, u.a. mit der Versenkung des Flaggsschiffs «Moskva» durch eine Neptune-Rakete, sind deren Aktivitäten im Schwarzen Meer zurückgegangen.

Diese beschränken sich derzeit weitgehend auf den Abschuss von Kalibr-Marschflugkörpern der Schwarzmeerflotte. Die Präsenz von NATO- und insbesondere amerikanischen Marineeinheiten im Schwarzen Meer ist seit Februar 2022 praktisch eingestellt worden. Russland soll

kein Vorwand geliefert werden, eine solche Präsenz als Einmischung brandmarken zu können.

Bröckelt die Unterstützung?

Es passiert derzeit etwas, vor allem in Deutschland – auch bei uns mehren sich entsprechende Stimmen – was man stets befürchten musste, aber verhindern wollte, dass nämlich die starke Haltung gegenüber Putin und die vorbehaltlose Unterstützung der Ukraine zu bröckeln droht. Das ist in einer «wohlstandsverwöhnten» Welt, wo Rückgrat zunehmend fehlt, nicht erstaunlich. Aber es wäre fatal. Man kommt um den Eindruck nicht herum, dass vielen Leuten der Kurs eines «Appeasements» besser behagt als eine klare Linie.

Wenn Putin und Xi etwas respektieren, dann sind es militärische Stärke sowie eine klare und unmissverständliche Politik. Alles andere sind für die beiden Zeichen der Schwäche. Diese beiden sind keine Hazardeure, die grobfahrlässig und unreflektiert Nuklearwaffen einsetzen. Bereits stellt man fest, dass in den Programmen der politischen Parteien für die Herbstwahlen in der Schweiz die militärische Sicherheit kaum mehr ein Thema ist.

Trägheit, Wohlbefinden und Wohlstand lassen das nicht zu. Das ist nicht nur bedenklich, es ist auch mutlos und stellt vor allem den Wählenden kein gutes Zeugnis aus. Offenbar haben weite Teile unserer Bevölkerung nicht begriffen, dass in der Ukraine langfristig auch unsere Zukunft auf dem Spiel steht.

Denn auch hier wird der Ruf nach Friedensverhandlungen lauter, gerade in intellektuellen Kreisen, in den Kirchen

und in Kreisen der Kulturschaffenden. Letztere kündigen zwar bereits grosse «Friedensdemonstrationen» an, unmittelbar nach Kriegsausbruch 2022 haben sie sich allerdings kaum zu Wort gemeldet oder zu Manifestationen gegen Putin aufgerufen. Während der Apartheid in Südafrika oder anlässlich der Nachrüstung der NATO in den 80er-Jahren waren diese Kreise omnipräsent.

Wenn man die Putinrede von 2007 und seine nachfolgenden Schritte gründlich studiert, dann sollte man zur Einsicht gelangen, dass Putin derzeit keine Verhandlungslösung sucht.

Die Appelle vieler «Friedensbewegter» werden unter den gegebenen Umständen kaum etwas bewirken, sie würden einzig und allein die Machtansprüche Putins zementieren und in der Folge dessen Appetit weiter wecken.

Jedes «Appeasement» und jede «Friedensdemo» ist ein potenzieller Steilpass für weitere Putin-Abenteuer. Das sollten sich die Verantwortlichen im Westen stets vor Augen halten. Die Vermutung scheint nicht falsch, dass die Inaktivität des Westens nach dem Einmarsch auf die Krim 2014 Putin zum Einmarsch in die Ukraine ermuntert hat.

Ausblick

Der Krieg in der Ukraine ist vermutlich noch lange nicht vorbei. Er offenbart bereits heute erste wichtige Lehren. Dereinst werden solche noch vertieft zu ziehen sein.

Der längere Atem wird entscheiden. Die eigenen Ressourcen der Ukraine sind begrenzt. Umso wichtiger ist die rasche und substanzielle Waffenhilfe durch den

Westen, die nicht erlahmen darf, im Gegenteil. Innerhalb der NATO müsste Europa zunehmend eine Führungsrolle übernehmen, denn ab Sommer 2023 beginnt in den USA bereits der Vorwahlkampf.

Russland mit seinem menschenverachtenden Verschleiss von Soldaten wird demgegenüber vor allem mit der Langzeitwirkung der Sanktionen gefordert sein.

Noch kann Putin mit autokratischen Mitteln sein duldsames Volk bei der Stange halten. Ob dies dauert, ist offen, ebenso wie die Fragen, ob und wie sich die weltweite Ächtung auf Russland auswirkt. Hinzu kommt die Ungewissheit, ob der enge Kreis um Putin, inklusive namhafter Oligarchen, weiterhin zu ihm steht. Ein grosses Fragezeichen stellt China dar.

Wird sich dieses – wie das die USA befürchten – nicht nur mit einer angeblichen Friedensinitiative, sondern auch mit Waffenlieferungen zu Wort melden? Das würde den Krieg in eine neue unguete Dimension führen.

Wenn dieser Krieg dereinst beendet sein wird, beginnt für die Ukraine und die westliche Wertegemeinschaft die Stunde der Wahrheit. Der Wiederaufbau des Landes, die Ausbildung und psychologische Unterstützung aller Ukrainer werden monumentale Hilfeleistungen erfordern.

Vom Aggressor wird kaum eine Wiederaufbauhilfe zu erwarten sein, höchstens fortgesetzte Nadelstiche zur Destabilisierung jenes Landes, das sich aus freiem Willen zu den westlichen Werten bekennt und dafür aufopfernd kämpft. Die Ära nach dem Krieg erfordert zudem die Aufarbeitung der russischen Kriegsverbrechen. ✚



Bild: US Army

Die erfolgreiche Abwehr russischer Panzerformationen ist zu einem grossen Teil auf den Einsatz der US-Panzerabwehr Lenkwaffe Javelin zurückzuführen.



Bild: Sergei Supinsky Agency, NYT

Der gezielte Fernbeschuss willkürlich ausgewählter ziviler Infrastruktur, wie hier eines Wohnhauses in einem Vorort von Kiew, gehört zu den terrorähnlichen Mitteln Putins.